

Änderungsantrag

der Abgeordneten Suhr, Werner (Dierstorf) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten**

— Drucksachen 10/5900 Anlage, 10/6310, 10/6331 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 10 04 wird der Titel 683 13 – Vergütung für die Aufgabe der Milcherzeugung durch Beteiligung an der EG-Regelung – mit einem Ansatz von 55 570 000 DM gestrichen.
2. In Kapitel 10 04 wird folgender neuer Titel 683 14 eingebracht:

„Programm zur Eindämmung der Überschüsse auf dem Milchmarkt und zur Stützung der bäuerlichen Landwirtschaft
250 000 000 DM

Erläuterungen:

- 12prozentige Erhöhung des Erzeugerpreises für die ersten 50 000 kg Milch pro Hof für alle Betriebe
 - Reduzierung der Liefermenge von Betrieben mit einer Jahresliefermenge über 100 000 kg um
 - 4 % bei einer Liefermenge zw. 100 000 und 200 000 kg/a
 - 6 % bei einer Liefermenge zw. 200 000 und 300 000 kg/a
 - 10 % bei einer Liefermenge über 300 000 kg/a
 - Vollmilchverfütterung von 500 l je Kuh und Kalb; Betriebe, die sich an diesem Vollmilchprogramm beteiligen, erhalten für die Dauer ihrer Teilnahme eine Ausgleichszahlung von 0,50 DM/l bei gleichzeitigem Abzug dieser 500 l von der jeweiligen Milchquote des Betriebes.“
3. In Kapitel 10 04 werden
 - Titel 671 01 – Erstattung der Verwaltungskosten an die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung – und
 - Titel 671 02 – Erstattung der Kosten der Vorratshaltung an die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung – mit folgendem Haushaltsvermerk versehen:

„Einsparungen dienen zur Verstärkung der Ausgaben bei Titel 683 14.“

Bonn, den 26. November 1986

Suhr

Werner (Dierstorff)

Borgmann, Hönes und Fraktion

Begründung

Die geplante zusätzliche Milchrentenaktion wird die Überschuss-situation auf dem Milchsektor nicht entschärfen; durch die jetzt zusätzlich geplante lineare Reduzierung der Milchkontingente wird ebenfalls die Zahl der kleinen Milchbetriebe vermindert anstelle der Überschüsse. Die geplante 10 %ige Reduzierung der Liefermenge läßt den unterschiedlichen Beitrag der Betriebe zu den Überschüssen unbeachtet. Kleinere Milchviehbetriebe, die zwar zahlenmäßig in der Mehrheit sind, erzeugen nur einen geringen Teil der Milch – die kleine Minderheit der Groß- und Wachstumsbetriebe ist für die gewaltige Produktionssteigerung und die Überschüsse verantwortlich. Kleinbäuerliche Betriebe dürfen nicht weiter zugunsten von Wachstumsbetrieben zur Aufgabe gezwungen werden. Statt einer weiteren Beschleunigung des Strukturwandels durch staatliche Eingriffe sind endlich Maßnahmen zur Erhaltung von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben zu ergreifen.

Das Programm zur Eindämmung der Milchüberschüsse und zur Stützung der bäuerlichen Landwirtschaft bewirkt eine etwa 8 %ige Verminderung der Milchablieferung und erhält die Milchviehhaltung in kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben und sichert diesen Betrieben damit ihre weitere Existenzfähigkeit. Die Bauern werden für die umweltgerechte Landnutzung und Milcherzeugung bezahlt – nicht wie es die Bundesregierung vorsieht dafür, daß sie (vorübergehend) keine Milch mehr erzeugen. Die Bundesregierung will kein Geld für die Erhaltung der Milchproduktion in kleineren bäuerlichen Betrieben unter vernünftigen Arbeits- und Tierhaltungsbedingungen ausgeben, sondern dafür, daß diese Betriebe aufgegeben werden.

Die Milchrentenaktion ist als Maßnahme, die zur Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft und zur Überschußbeseitigung ungeeignet ist, abzulehnen; der oben angeführte Gegenvorschlag verbindet die Verbesserung der Einkommenslage, besonders von kleineren Betrieben, mit einer deutlichen Verringerung der Milchproduktion. Durch die Einsparungen bei den Marktordnungskosten (für Verarbeitung, Lagerung, Transport, Kühlung, Verbilligung und Denaturierung) und den Verzicht auf die Milchrentenaktion ist die Finanzierbarkeit gewährleistet. Zugleich werden Energie und Rohstoffe eingespart, und die Umweltbelastung durch die Landwirtschaft verringert sich.